

Aufrüstung und Wehrpflicht – Warum wir andere Wege brauchen

US-Präsident Trump fordert, die NATO-Staaten sollten 5 % ihres BIP für Verteidigung ausgeben. CDU-Außenpolitiker Wadepul griff dies auf und schlug vor, Deutschland solle diesem Ziel folgen – was etwa 225 Mrd. € jährlich bedeuten würde. Das ist ein sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel: Seit der sogenannten „Zeitenwende“ 2022 dominiert Militarisierung die öffentliche Debatte. Gefordert werden massive Aufrüstung, Reaktivierung der Wehrpflicht und eine „kriegstüchtige“ Gesellschaft. Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) stellt dem eine friedens- und sicherheitspolitische Perspektive entgegen, die auf Gewaltfreiheit, zivile Resilienz und gesellschaftlichen Zusammenhalt setzt – statt auf militärische Gewalt.

Kritik an Aufrüstung und Wehrpflicht

Zunehmend wird auch nukleare Aufrüstung diskutiert – selbst zuvor atomwaffenkritische Kräfte wie die Grünen signalisieren Zustimmung zu einem „atomaren Schutzschirm“. Hintergrund ist die Sorge, die USA könnten ihre Schutzgarantie aufkündigen. Doch mehr Atomwaffen bedeuten nicht mehr Sicherheit – die Eskalationsgefahr bleibt hoch, wie etwa das atomare Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan zeigt.

Militärische Verteidigung schützt selten das, was sie zu bewahren vorgibt – wie etwa das Beispiel Mariupol verdeutlicht. Sie verhindert weder menschliches Leid noch ökologische oder ökonomische Katastrophen. Gleichzeitig steigert ein globales Wettrüsten das Risiko nuklearer Konflikte – womit ein effektiver Bevölkerungsschutz illusorisch wird. Rüstungsausgaben entziehen dringend benötigte Mittel – etwa für Hungerbekämpfung, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN. Der militärisch-industrielle Komplex ist eng mit der fossilen Industrie verflochten und laut einer Studie für mindestens 5,5 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlichⁱ – zusätzliche Emissionen durch militärische Einsätze nicht eingerechnet. Die tatsächliche Klimabelastung durch Militär dürfte deshalb deutlich höher sein. Zudem stärkt das Militär autoritäre Strukturen, konzentriert Macht und gefährdet demokratische Prinzipien – Aspekte, die im militärischen Bevölkerungsschutz kaum beachtet werden. Dies widerspricht einer humanitären Logik und bietet keine nachhaltige Perspektive für gesellschaftlichen Schutz.



Die Alternative: Soziale Verteidigung

Soziale Verteidigung ist ein gewaltfreies Konzept kollektiven Widerstands gegen militärische Angriffe und illegitime Herrschaft. Ziel ist der Schutz von Leben, Menschenwürde, Demokratie und sozialer Infrastruktur. Sie setzt auf gesellschaftlichen Rückhalt und erschwert Aggressor*innen das Erreichen ihrer Ziele durch politische, soziale und ökonomische Kosten. Bildung, zivilgesellschaftlicher Aufbau und solidarische Strukturen sind zentrale Voraussetzungen.

Die Methoden Sozialer Verteidigung lassen sich in fünf Ansatzpunkten strukturieren:

1. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
2. Schutz kritischer Infrastrukturen,
3. Dialog mit der Gegenseite,
4. Verhinderung illegitimer Ziele durch Aktionen wie Streiks und Blockaden sowie
5. Schwächung der Unterstützungsbasis der Aggressor*innen.

Resilienz bedeutet u.a. dezentrale Energieversorgung, solidarische Notfallwirtschaft und breite zivilgesellschaftliche Organisation. Die Wirksamkeit Sozialer Verteidigung ist historisch belegt: z.B. der Generalstreik der Arbeiter*innenbewegung und die Nicht-Kooperation der staatlichen Angestellten gegen den Kapp-Putsch 1920, die gewaltfreie Beendigung der Ruhrbesetzung durch passiven Widerstand und Diplomatie 1923–25, der norwegische Lehrer*innen-Widerstand unter NS-Besatzung oder die Verhinderung der Deportation jüdischer Mitbürger*innen in

Bulgarien. Auch Indiens gewaltfreier Unabhängigkeitskampf, die Revolutionen in Osteuropa 1989-91 wie der „singenden Revolution“ im Baltikum sowie jüngere Beispiele aus Sudan oder Guatemala belegen das Potenzial ziviler Widerstandsfähigkeit.

Forderungen des BSV

- **Nein zur Wehrpflicht:** Freiwilliges Engagement statt staatlichem Zwangsdienst.
- **Rüstungsausgaben umwidmen:** Milliarden ins Zivile – Diplomatie, Bildung, Soziales, Klima, Friedensdienst, nachhaltige Forschung.
- **Soziale Verteidigung stärken:** Friedensbildung und zivile Widerstandsfähigkeit institutionell und langfristig fördern.
- **Demokratie und Menschenrechte schützen:** Zivilgesellschaft stärken, gewaltfreien Widerstand entkriminalisieren, Menschenrechte ins Zentrum rücken.

Engagement für eine friedliche Zukunft

Soziale Verteidigung ist keine Utopie, sondern eine real umsetzbare Handlungsoption. Initiativen wie „Wehrhaft ohne Waffen“ zeigen bereits heute, wie diese Konzepte lokal wirken können. Der BSV ruft Bürger*innen, Kommunen und Organisationen dazu auf, Friedensarbeit zu stärken und alternative Sicherheitsansätze zu verbreiten. Frieden bedeutet mehr als Kriegsvermeidung – er entsteht durch eine gerechte, solidarische und widerstandsfähige Gesellschaft.

¹ Parkinson, Stuart; Cottrell; Linsey (2022): Estimating the Military's Global Greenhouse Gas Emissions. Lancaster, Myholmsroyd. https://ceobs.org/wp-content/uploads/2022/11/SGRCEOBS-Estimating_Global_Military_GHG_Emissions_Nov22_rev.pdf